



Krach für kleine Grundschulen: Mehrere Hundert Menschen haben in Mainz für den Erhalt kleiner Schulen demonstriert.

Fotos: dpa (2), Gisela Kirschstein (3)

Kommentar

Birgit Pielen
zur Entwicklung
der Bildungslandschaft



Die Zwergschule ist ein Auslaufmodell

Das die Gemeinden im ländlichen Raum für ihre Zwergschule kämpfen, ist verständlich. Zu viel haben sie schon verloren an Infrastruktur. Den Bäcker, den Metzger, den Lebensmittelladen, die Dorfkneipe, den Hausarzt, den Handwerksbetrieb. Wozu ein Neubaugebiet ausschreiben, wenn der Ortskern ausstirbt? Jetzt steht auch die Zwergschule vor dem Aus. Für die Dörfer ist das die Apokalypse.

Bildung war und ist in Rheinland-Pfalz immer auch ein ideologisches Spielfeld. CDU-Fraktionsvize Alexander Licht forderte im Landtag, Politik dürfe sich nicht dem Schicksal des demografischen Wandels ergeben. Wohl wahr. Der Lehrerverband VBE stimmte an, dass „wir gute Bildung in jedem Winkel unseres großartigen Landes brauchen“. Auch das wird keinen Widerspruch erzeugen. Aber: Das Bildungsministerium muss abseits des Hohelieds auf Zwergschulen Realpolitik machen. Und das heißt, der bitteren Realität des demografischen Wandels ins Auge zu schauen: Zwergschulen sind ein Auslaufmodell.

Entschieden hat das nicht die Politik. Entschieden haben das einzig und allein die Eltern. Sie wählen die Schule, die sie für ihr Kind am besten halten – und die am besten zu ihrem Lebensentwurf passt. Das ist eine persönliche Entscheidung, die zu respektieren ist. Fakt ist: Viele Kinder aus den kleinen Dörfern besuchen eine benachbarte Grundschule, die ganztags unterrichtet. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Moselort Klotten hat 25 Jungen und Mädchen im Grundschulalter. Doch nur sieben Kinder besuchen die Zwergschule im Dorf, 18 Kinder pendeln in die Ganztagschule nach Cochem.

Kleine Grundschulen sind aufgrund ihrer begrenzten Möglichkeiten unattraktiv für viele Familien. Dass es Zwergschulen überhaupt noch gibt, ist ohnehin ein gewisser Luxus – der den Dörfern aufgrund der infrastrukturellen Probleme von der Politik zugestanden wird. Aber ab einer gewissen Größe ist es angebracht zu fragen, wie lange man sich das noch leisten will und kann.

E-Mail an: birgit.pielen@rhein-zeitung.net

Soll die Schule im Dorf bleiben?

Bildung Wie Eltern, Kinder und Ortsbürgermeister für den Erhalt kleiner Schulen kämpfen

Von unserer Mitarbeiterin
Gisela Kirschstein

■ **Rheinland-Pfalz.** Es ist ohrenbetäubend laut vor dem Landtag in Mainz. Trillerpfeifen schrillen, Trommeln werden geschlagen – die laut Veranstalter rund 400 Kinder, Eltern und Lehrer machen einen Höllenlärm. „Riesenaufstand für unsere Zwergenschule“ steht auf einem Transparent, „Lasst die Schule im Dorf!!!“ auf einem anderen. Ärger und Wut sind riesengroß: „Ohne pädagogische Maßstäbe zu beachten, wird die kleine Dorfschule plattgemacht und der ländliche Raum geschädigt“, schießt Heinz Zilles (CDU), Bürgermeister von Lieg (Kreis Cochem-Zell). „Nicht mit uns, Frau Ministerin!“

Die Wut gilt Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD), die trotz Sitzung im Landtag vor die Tür gekommen ist, um sich den Protestierenden zu stellen. Im Januar hatte die Ministerin „Leitlinien für ein wohnortnahes Grundschulangebot“ auf den Weg gebracht, im Kern geht es dabei um die Überprüfung von Kleinstgrundschulen. 41 Minischulen stehen auf dem Prüfstand, nun geht die Angst um die Dorfschulen um.

Man wisse ja nicht, was passiert, sagt der Bürgermeister des Moselortes Trittenheim, Franz-Josef Bollig (parteilos), „die gehen ja nur nach Zahlen“. 30 Kinder gehen in

seine Mini-Grundschule, von neun Abgängern hätten sieben eine Gymnasialempfehlung. „Aber das wird ja gar nicht gesehen“, seufzt Bollig. Gerade ist in Trittenheim ein Neubaugebiet in Arbeit, 35 Baugrundstücke für junge Familien – „wie soll ich die denn vermarkten, wenn die die Schule schließen?“

Dörfersterben, weniger Einwohner, genau das befürchten die Protestierenden. Die Schulen seien

„Bei uns hat es in vier Jahren nie Unterrichtsausfall gegeben, AGs vermissen wir nicht.“

Alexandra Priwitzer,
Mutter aus Langenfeld



das Herz der Dörfer, sagt Zilles, ohne Schulen werde es keinen Zuzug mehr geben, würden freiwillige Feuerwehren und Vereine sterben, ja, langfristig könne gar das Gemeindefleben zum Erliegen kommen. „Wollen wir das?“, fragt er, „wollen wir unsere Dörfer lebendig begraben?“ Den Verfechtern der kleinen Schulen stehen jedoch nicht

nur die Leitlinien des Ministeriums, sondern auch das Schulgesetz entgegen: Nach dem muss eine Grundschule mindestens eine Klasse pro Jahrgangsstufe haben, Ausnahmen sind in besonderen Fällen möglich, was aber vor allem vorübergehend gelten sollte, gilt für etwa 100 Schulen im Land seit Jahren.

Der Gesetzgeber habe die Mindestgröße „mit Bedacht gewählt“, da sie eine wesentliche Vorausset-

„Ich bin sehr enttäuscht von der Linie der Ministerin, dass von den Leitlinien nicht abgewichen wird.“

Heinz Zilles (CDU),
Bürgermeister Lieg



zung für eine gute pädagogische und organisatorische Arbeit der Schulen ist, betonte Ministerin Hubig. Das Land wolle die kleinen Grundschulen erhalten, aber eben auch, dass Kindern am Nachmittag AGs und Vielfalt angeboten werden könnten.

„Wir vermissen nichts“, sagt dagegen Marcus Kirchhoff (parteilos),

Bürgermeister von Mörsdorf im Hunsrück, dessen Zwergenschule gerade einmal 19 Kinder und nur eine einzige Klasse hat. Die Schule hat einen Schulgarten, Schulbibliothek und Schulomas. „Es gibt null Nachteile“, sagt Kirchhoff.

„Seit vier Jahren ist meine Tochter jetzt in unserer Grundschule“, erzählt auch Alexandra Priwitzer aus Langenfeld (Kreis Mayen-Koblenz), „wir hatten noch nie Unterrichtsausfall.“ Gleichzeitig wür-

„Die Politik sollte mal drüber nachdenken, was sie mit solchen Leitlinien anrichtet.“

Beate Gehrhardt,
Schulelternsprecherin
Mörsdorf



den die Kinder optimal gefördert, auch lernschwache Kinder kämen nicht zu kurz. „Der soziale Zusammenhalt ist viel größer“, sagt auch Mario Kist, Schulelternsprecher von Kirchwald, dem Nachbardorf. Die Kinder seien hilfsbereiter und lernen besser, sich zu konzentrieren.

„Lassen Sie die Kleinstschulen ihre hervorragende pädagogische

Arbeit in Ruhe machen“, forderte Zilles deshalb die Ministerin auf. Das Gesetz sei veraltet, es dürfe nicht auf Kosten der Bildung der Kleinsten der Haushalt saniert werden. Die Ministerin versuchte zu beschwichtigen, versprach, man werde die Untersuchung im Dialog mit den Schulen „und mit Augenmaß“ angehen. Die Leitlinien allerdings will sie nicht ändern, sagte sie unserer Zeitung. „Überprüfung bedeutet nicht automatisch Schließung“, betonte Hubig – viele schienen ihr das nicht zu glauben.

„Mit diesen Leitlinien haben Sie Verunsicherung und Ärger ausgelöst“, kritisierte Zilles im Namen der Demonstranten, „Sie haben einen Flächenbrand entfacht.“ Tatsächlich waren nach Angaben der Organisatoren Menschen aus rund 30 Gemeinden nach Mainz gekommen. „Und das ist heute nicht das Ende unseres Protestzuges“, kündigte Zilles an: „Wir kämpfen weiter, bis die kleinen Schulen im Dorf gelassen werden.“ Um das zu unterstreichen, übergaben die Demonstranten Landtagspräsident Hendrik Hering (SPD) eine Petition. 26.000 Menschen haben sie unterschrieben.

➔ Eine Liste der zu prüfenden Schulen im Land finden Sie, wenn Sie diesen Artikel mit der RZplus-App scannen oder im Internet unter ku-rz.de/liste17



Die 41 vom Land für die Überprüfung vorgesehenen Grundschulen im Überblick

Kreis Ahrweiler
Berg: 2 Klassen, 25 Schüler
Reifferscheid: 2 Klassen, 27 Schüler
Wershofen: 2 Klassen, 40 Schüler

Kreis Altenkirchen
Sprengel Herkersdorf: 2 Klassen, 35 Schüler

Kreis Bad Dürkheim
Esthal: 2 Klassen, 30 Schüler

Kreis Bernkastel-Wittlich
Malborn: 2 Klassen, 28 Schüler
Morbach-Haag: 2 Klassen, 30 Schüler
Wintrich: 2 Klassen, 31 Schüler
Heidenburg: 2 Klassen, 31 Schüler
Monzelfeld: 2 Klassen, 43 Schüler

Eifelkreis Bitburg-Prüm
Bleialf: 2 Klassen, 33 Schüler
Oberkail: 2 Klassen, 36 Schüler
Preist: 2 Klassen, 37 Schüler
Karlshausen: 2 Klassen, 39 Schüler

Kreis Cochem Zell
Klotten: 1 Klasse, 7 Schüler
Müden: 1 Klasse, 13 Schüler
Lieg: 1 Klasse, 22 Schüler
Pünderich: 2 Klassen, 24 Schüler
Alf: 2 Klassen, 36 Schüler

Donnersbergkreis
Bolanden-Dannenfels: 2 Klassen, 35 Schüler

Kreis Germersheim
Wörth Büchelberg: 2 Klassen, 29 Schüler

Kreis Kaiserslautern
Linden: 2 Klassen, 25 Schüler
Frankenstein: 2 Klassen, 26 Schüler

Kreis Mainz-Bingen
Bingen-Gaulsheim: 2 Klassen, 29 Schüler

Kreis Mayen-Koblenz
Niederfell: 2 Klassen, 24 Schüler
Andernach-Namedy: 2 Klassen, 26 Schüler
Langenfeld: 2 Klassen, 27 Schüler
Weiler Vorderreif: 2 Klassen, 35 Schüler
Brey: 2 Klassen, 39 Schüler
Niederwerth: 2 Klassen, 40 Schüler
Kirchwald: 2 Klassen, 40 Schüler

Rhein-Hunsrück-Kreis
Mörsdorf: 1 Klasse, 19 Schüler

Kreis Südliche Weinstraße
Annweiler: 2 Klassen, 40 Schüler

Kreis Südwestpfalz
Busenberg: 2 Klassen, 37 Schüler
Wilgartswiesen: 2 Klassen, 43 Schüler

Kreis Trier-Saarburg
Schöndorf: 1 Klasse, 15 Schüler
Trittenheim: 2 Klassen, 29 Schüler
Greimerath: 2 Klassen, 29 Schüler

Kreis Vulkaneifel
Neroth: 2 Klassen, 29 Schüler
Wallenborn: 2 Klassen, 36 Schüler

Westerwaldkreis
Norken: 2 Klassen, 30 Schüler

Warum die CDU das Schulgesetz ändern will

Landtag Parteien streiten darüber, wie groß Grundschulen mindestens sein müssen

■ **Rheinland-Pfalz.** Im Streit über die kleinen Grundschulen hat auch die CDU im Landtag ihre Rolle gefunden: Sie gibt die Fürsprecherin der Minischulen und hat deshalb einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, die Mindestgröße für kleine Grundschulen abzusenken. Bisher gilt: Eine Grundschule muss mindestens eine Klasse pro Jahrgang haben, also vier Klassen insgesamt. Ausnahmen von dieser Regel sind möglich. Sie sollten aber genau das bleiben: Ausnahmen. Die CDU findet die Mindestgröße „nicht mehr zeitgemäß“. Zwei statt vier Klassen pro Grundschule, das müsse heute reichen, argumentierte CDU-Fraktionsvize Alexander Licht jetzt bei einer Landtagsdebatte. Dabei könnten etwa Schüler der ersten und zweiten Klassenstufe sowie der dritten und vierten Klassenstufe gemeinsam unterrichtet werden. „Wir brauchen Konzepte, um gerade im ländlichen Raum Grundschulen zu erhalten“, sagte Licht, Grundschulen zu schließen sei der falsche Weg. Mit seinen



Der Streit über die kleinen Grundschulen ist entbrannt – auf der Straße und im Landtag.

„Leitlinien“ verstärkte das Land die Unsicherheit für die kleinen Grundschulen noch.

Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) indes hält an ihrer Linie fest: „Die Mindestzügigkeit gewährleistet die beste Versorgung“, betonte sie im Landtag, „wir werden von den Prinzipien nicht abrücken.“ Je kleiner eine Schule sei, umso enger seien die Grenzen des pädagogisch Machbaren. Die Schülerzahlen gehen zurück, das Land überprüfe deshalb „in verantwortungsvoller Weise den Zustand vor Ort“.

So viele kleine Grundschulen gibt es in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt knapp 950 Grundschulen, die von 135.000 Kindern besucht werden. 76 dieser Grundschulen gelten als klein, das heißt, sie haben in allen vier Jahrgängen zusammengenommen weniger als 48 Schüler. Im Januar dieses Jahres hat das Bildungsministerium deshalb beschlossen, dass 41 dieser Schulen

wenn man nicht schließen will?“, fragte hingegen AfD-Familienexperte Michael Frisch, die kleinen Schulen müssten erhalten werden. „Vor Ort ist ganz viel Vertrauen zerstört worden“, warf zudem Simone Huth-Haage (CDU) der Ministerin vor – die Schulen hätten von den Plänen aus der Zeitung erfahren. „Die CDU wird weiter für den Erhalt kleiner Grundschulen kämpfen“, fügte sie hinzu. Der Gesetzentwurf der CDU wird nun weiter in den Landtagsgremien beraten.

gik/ank